



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Stenographisches Protokoll



12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 1. März 2018

Stenographisches Protokoll

12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 1. März 2018

Dauer der Sitzung

Donnerstag, 1. März 2018: 14.30 – 14.31 Uhr

Inhalt

Personalien

Verhinderungen 2

Ausschüsse

Zuweisungen 2

Eingebracht wurden

Bürgerinitiative 2

Bürgerinitiative betreffend „die Ausarbeitung eines verbindlichen Fahrplans zum Umstieg auf tierversuchsfreie Forschung, Testung und Ausbildung, der innerhalb konkreter Zeitziele umzusetzen ist“ (Ordnungsnummer 43)

Bericht 2

Vorlage 10 BA: Monatserfolg Jänner 2018; BM f. Finanzen

Zurückgezogen wurde das Verlangen auf erste Lesung binnen drei Monaten über den Antrag der Abgeordneten

Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz – ASVG geändert wird (61/A) (Zu 61/A)

Beginn der Sitzung: 14.30 Uhr

Vorsitzende: Dritte Präsidentin Anneliese **Kitzmüller**.

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist **eröffnet**.

Als **verhindert** gemeldet sind die Abgeordneten Mag. Hanger, Mag. Ofenauer, Rädler, Bayr, MA MLS, Dr.ⁱⁿ Belakowitsch, Herbert, Mag. Ragger, Schartel, Steger und Dipl.-Ing.ⁱⁿ (FH) Bißmann.

Einlauf und Zuweisungen

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

Anträge:

Zurückziehung des Verlangens auf erste Lesung binnen drei Monaten: Zu 61/A

B. Zuweisungen:

1. Zuweisungen seit der letzten Sitzung gemäß §§ 31d Abs. 5a, 32a Abs. 4, 74d Abs. 2, 74f Abs. 3, 80 Abs. 1, 100 Abs.4, 100b Abs. 1 und 100c Abs. 1:

Budgetausschuss:

Monatserfolg Jänner 2018, vorgelegt vom Bundesminister für Finanzen (Vorlage 10 BA)

Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen:

Bürgerinitiative Nr. 43 betreffend "die Ausarbeitung eines verbindlichen Fahrplans zum Umstieg auf tierversuchsfreie Forschung, Testung und Ausbildung, der innerhalb konkreter Zeitziele umzusetzen ist"

Zuweisungen auf Ersuchen des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen an andere Ausschüsse:

Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Bürgerinitiative Nr. 1 betreffend „Informationspflicht bei Unterbezahlungen und Verlängerung der Verfallfristen“

Ausschuss für Bauten und Wohnen:

Bürgerinitiative Nr. 16 betreffend "Billiger wohnen jetzt! Junges Wohnen muss bezahlbar werden!"

Bürgerinitiative Nr. 21 betreffend "Weg mit der Maklerprovision für Mieter!"

Bürgerinitiative Nr. 26 betreffend „Nur wer beauftragt, zahlt - Bestellerprinzip für Immobilienmaklerprovisionen“

Präsidentin Anneliese Kitzmüller**Gesundheitsausschuss:**

Bürgerinitiative Nr. 3 betreffend "Erhaltung der Hausapotheken in der Wildschönau"

Bürgerinitiative Nr. 10 betreffend „Fakten helfen! Einführung einer bundesweiten anonymisierten Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und Erforschung der Gründe/Motive dafür“

Bürgerinitiative Nr. 24 betreffend "Homöopathie als Kassenleistung"

Landesverteidigungsausschuss:

Bürgerinitiative Nr. 11 betreffend „den Erhalt der Militärmusiken in allen Bundesländern in voller Spielstärke“

Umweltausschuss:

Bürgerinitiative Nr. 6 betreffend "Verpflichtung zur Abgabe unverkäuflicher Ware an die Zivilgesellschaft vor der Müllentsorgung – Anti-Wegwerf-Gesetz"

Bürgerinitiative Nr. 27 betreffend "die ökologische Ausrichtung und die soziale Absicherung der Energiewende in Österreich. Zum Wohlergehen der Menschen und zur Schonung von Lebensräumen und Natur."

Unterrichtsausschuss:

Bürgerinitiative Nr. 2 betreffend "Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"

Bürgerinitiative Nr. 5 betreffend „die längst fällige Einrichtung eines Unterstufenrealgymnasiums am BORG Hermagor ab dem Schuljahr 2015/2016“

Bürgerinitiative Nr. 7 betreffend „Gleiche Rechte für chronisch kranke Kinder“

Bürgerinitiative Nr. 9 betreffend "Aufstockung der Vorbereitungsstunden bei der mündlichen Matura der standardisierten kompetenzorientierten Reife- und Diplomprüfung"

Bürgerinitiative Nr. 12 betreffend "Lebenskompetenz Ernährung im Schulsystem"

Bürgerinitiative Nr. 15 betreffend „Freie Schulwahl 2.0“

Bürgerinitiative Nr. 19 betreffend "Wahlfreiheit braucht Wahlmöglichkeit! Die Errichtung von Modellregionen ohne das Angebot von Sonderschulen oder Sonderschulklassen darf nicht so weit reichen, dass das Recht der Betroffenen auf Wahlfreiheit beschnitten wird"

Bürgerinitiative Nr. 29 betreffend "Chancengleichheit gehörloser Menschen im österreichischen Bildungssystem"

Verfassungsausschuss:

Bürgerinitiative Nr. 8 betreffend "die Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages für PensionistInnen sowie BezieherInnen von Witwen/Witwer- und Waisenspensionen"

Bürgerinitiative Nr. 14 betreffend „Best- statt Billigstbieter bei Ausschreibungen im Linienbusverkehr. Qualitäts- und Sozialstandards, sowie verpflichtender Personalübergang bei Ausschreibungen im Linienbusverkehr“

Präsidentin Anneliese Kitzmüller**Verkehrsausschuss:**

Bürgerinitiative Nr. 18 betreffend "Österreichweites Studierendenticket JETZT! Schaffung eines österreichweiten Studierendentickets für den öffentlichen Verkehr"

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:

Bürgerinitiative Nr. 4 betreffend "Verbesserung der Lehrlingsausbildung"

Wissenschaftsausschuss:

Bürgerinitiative Nr. 17 betreffend "Selbstbestimmt statt fremdbeherrscht! Gegen sexuelle Belästigung und Ungleichbehandlung von Frauen an Österreichischen Hochschulen"

2. Zuweisungen in dieser Sitzung:**zur Vorberatung:****Ausschuss für Arbeit und Soziales:**

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert wird (25 d.B.)

Antrag 61/A der Abgeordneten Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz - ASVG geändert wird

Antrag 152/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Automatisches Pensionssplitting

Antrag 164/A(E) der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Angriff auf die Sicherheit und Gesundheit der arbeitenden Menschen

Außenpolitischer Ausschuss:

Antrag 151/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Entwicklung und gesetzliche Verankerung eines realistischen Stufenplans zur Erhöhung der EZA-Mittel bis zur Erreichung des 0,7%-Ziels

Antrag 162/A(E) der Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka, Petra Bayr, MA MLS, Mag. Roman Haider, Dr. Stephanie Krisper und Dr. Alma Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausweitung des Mandates der UN-Mission für das Referendum in der Westsahara MINURSO

Finanzausschuss:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP-Vollzugsgesetz) erlassen und das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz geändert wird (24 d.B.)

Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, das Versicherungsvertragsgesetz und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (Versicherungsvertriebsrechts-Änderungsgesetz 2018 - VersVertrRÄG 2018) (26 d.B.)

Präsidentin Anneliese Kitzmüller**Gesundheitsausschuss:**

Antrag 160/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffen einer Datenlage zur Durchimpfungsrate in Österreich

Antrag 163/A(E) der Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend die geplante Auflösung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt

Ausschuss für Menschenrechte:

Antrag 150/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sicherung von rechtsstaatlichen Asylverfahren in Bezug auf Afghanistan

Antrag 153/A(E) der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Evaluierung der bestehenden Überwachungsmaßnahmen (Überwachungsgesamtrechnung)

Antrag 166/A(E) der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Kandidatur Österreichs für einen Sitz im UNO-Menschenrechtsrat

Tourismusausschuss:

Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994 geändert wird (23 d.B.)

Unterrichtsausschuss:

Antrag 149/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Stärkung der Schulsozialarbeit sowie Ermöglichung aufsuchender Angebote

Antrag 154/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Stephanie Cox, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Überführung von Integrationsklassen an Sonderschulen in das Regelschulwesen und damit einhergehende Stärkung der "umgekehrten Inklusion"

Antrag 155/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung personeller Autonomie für alle Schulstandorte und damit verbundener Abschaffung des Lehrerdienstrechts

Antrag 156/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung von schulautonomen Pilotprojekten

Antrag 157/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend finanzielle Gleichstellung von nicht-konfessionellen Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht

Antrag 158/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung pädagogischer Autonomie und Stärkung des Professionsverständnisses der Pädagog_innen

Antrag 159/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einführung von 360°-Feedbacksystemen für Lehrer_innen an Schulen

Antrag 161/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung eines Chancen- und Innovationspakets für die österreichischen Schulen

Präsidentin Anneliese Kitzmüller

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:

Antrag 165/A(E) der Abgeordneten Wolfgang Katzian, Kolleginnen und Kollegen betreffend konsequente Weiterverfolgung des Notifizierungsverfahrens des KWK-Punktegesetzes bei der EU-Kommission

Die **nächste** Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 21. März, 10 Uhr, in Aussicht genommen wurde, wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Bevor ich diese Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, dass im Anschluss an diese Sitzung der Justizausschuss im Lokal 7 zusammentreten wird.

Auf Wiederschauen, meine Damen und Herren!

Die Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 14.31 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien

Titelbild: ©Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

